



Protest gegen Rechte für Schwule und Lesben in Litauen

LITAUEN: GESETZ SCHRÄNKT DEMOKRATISCHE RECHTE EIN

DAS LITAUISCHE PARLAMENT VERABSCHIEDETE EIN GESETZ, DAS UNTER DEM VORWAND DES JUGENDSCHUTZES INFORMATIONEN ÜBER HOMOSEXUALITÄT VERBIETET - UND WEITERE HOMOPHOBE GESETZE FOLGEN.

Am 14. Juli dieses Jahres verabschiedete das litauische Parlament, der Seimas, das sogenannte „Gesetz zum Schutz von Minderjährigen gegen die schädlichen Wirkungen öffentlicher Information“ trotz Protesten zivilgesellschaftlicher Organisationen und obwohl der Präsident zuvor ein Veto eingelegt hatte.

VERBOT VON INFORMATION FÜR KINDER

Das Gesetz verbietet alle Informationsmaterialien, die „für homosexuelle, bisexuelle und polygame Lebensformen werben“ an Schulen und öffentlichen Orten, an denen diese Materialien von Kindern gesehen werden könnten.

In den Erläuterungen der AutorInnen zum Gesetzesentwurf ist zu lesen, dass „die Propagierung nicht-traditioneller sexueller Orientierungen und die Konfrontierung von Minderjährigen mit Informationen, die homosexuelle Beziehungen positiv darstellen, für deren physische, geistige und vor allem moralische Entwicklung negative Folgen haben könnten“.

Wenn das Gesetz in Kraft tritt, würde die bereits bestehende Diskriminierung von Schwulen und Lesben in Litauens Schulsystem rechtlich legitimiert und institutionalisiert.

FORTSETZUNG AUF SEITE 2

BELGRADE PRIDE

Am 20. September findet in Serbien die Belgrade Pride statt. Amnesty International ruft die Regierung auf, das Recht der TeilnehmerInnen auf Versammlungsfreiheit zu schützen. In Serbien werden LGBT-Personen nicht nur an den Rand der Gesellschaft gedrängt, sondern sind auch häufig körperlichen, verbalen und medialen Angriffen ausgesetzt.

BALTIC PRIDE

Die Baltic Pride in Riga, an der auch AktivistInnen von Amnesty International aus verschiedenen Ländern teilnahmen, verlief heuer ohne größere Zwischenfälle. Auch im nächsten Jahr ist eine gemeinsame Pride der drei baltischen Staaten geplant.

GLEICHGESCHLECHTLICHE PAARE ANERKENNEN!

Die Position des Netzwerks LGBT-Rechte von Amnesty International zu gleichgeschlechtlichen PartnerInnen-schaften in Österreich findest du auf Seite 3.

IMPRESSUM

Herausgeberin und für den Inhalt verantwortlich:

Amnesty International Österreich,
Netzwerk LGBT-Rechte

Redaktion:

Martin Baumgartner, Andreas Hallas,
Corina Sporer, Mariam Vedadinejad

Kontakt:

Amnesty International Österreich,
Moeringgasse 10, 1150 Wien,
01/78008, info@lgbt.at, www.lgbt.at

FORTSETZUNG VON SEITE 1

Kinder, die bereits dem Risiko von Gewalt ausgesetzt sind, würden noch mehr isoliert. Es wäre für alle Menschen illegal, Informationen zum Thema Homosexualität über irgendein Medium zu verbreiten, zu dem Minderjährige Zugang haben.

Aus menschenrechtlicher Sicht ist insbesondere problematisch, dass das Gesetz das Recht auf freie Meinungsäußerung sowie das Recht auf Freiheit von Diskriminierung verletzt. Es wird am 1. März 2010 in Kraft treten.

WEITERE HOMOPHOBES GESETZE GEPLANT

Dieses Gesetz könnte aber nicht das einzige dieser Art bleiben: Weitere homophobe Gesetzesänderungen sollen im Herbst dieses Jahres im Seimas diskutiert werden. Diese vorgeschlagenen Änderungen gehen sogar noch weiter, sie würden etwa die „Werbung für homosexuelle Beziehungen in der Öffentlichkeit“ kriminalisieren.

Der vorgeschlagene Art. 301 des Strafbuchgesetzes ist derart vage, dass jegliche Menschenrechts-Kampagne mit Bezug zu LGBT-Personen darunter fallen könnte. Betroffen sein könnte aber auch jegliche Information oder Beratung beispielsweise über Gesundheitsfragen im Zusammenhang mit Homosexualität. Amnesty International würde Personen, die aufgrund dieses Gesetzes verurteilt würden, als Gewissensgefangene betrachten.

ABSTIMMUNG NOCH IM HERBST

Es besteht die Möglichkeit, dass diese Gesetzesänderungen tatsächlich beschlossen werden – in der ersten Lesung stimmte die Mehrheit der anwesenden Abgeordneten dafür. Derzeit werden die Gesetzesänderungen in verschiedenen Ausschüssen geprüft, die nächste (und letzte) Abstimmung im Plenum wird für eine der letzten Sitzungen im Herbst erwartet.

GET ACTIVE!

Du kannst gegen diesen Gesetzesvorschlag aktiv werden, indem du den Appellbrief auf der letzten Seite unterschreibst und abschickst.



Gleiches Recht für gleiche Liebe lässt in Österreich noch auf sich warten.

GLEICHGESCHLECHTLICHE PAARE ANERKENNEN!

DAS NETZWERK LGBT-RECHTE LEHNT DISKRIMINIERUNGEN VON PAAREN AUFGRUND DER SEXUELLEN ORIENTIERUNG AB UND FORDERT DAHER, GLEICHGESCHLECHTLICHE PARTNERINNENSCHAFTEN AUCH IN ÖSTERREICH RECHTLICH ABZUSICHERN.

Weltweit wird zunehmend anerkannt, dass Diskriminierung auf Basis der sexuellen Orientierung nicht verträglich mit nationalen und internationalen Menschenrechtsstandards ist. Amnesty International sieht auch gleichgeschlechtliche Ehen als ein Thema, bei dem es um fundamentale Menschenrechte geht. „Wenn die gleiche rechtliche Anerkennung von gleichgeschlechtlichen Paaren verweigert wird, bedeutet das, dass diesen Menschen verschiedene Rechte vorenthalten werden“, so die AktivistInnen des Netzwerks LGBT-Rechte.

ANDERE SIND SCHON WEITER

Daher soll auch in Österreich möglichst schnell die Möglichkeit für

gleichgeschlechtliche Paare geschaffen werden, ihre PartnerInnenschaft registrieren zu lassen, um damit alle davon abhängenden Rechte genießen zu können. Verschiedene andere Länder haben bereits die Zivilehe für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet oder zumindest gleichwertige rechtliche Möglichkeiten geschaffen.

SEIT 1991 GEGEN HOMOPHOBIE

Amnesty International beschäftigt sich seit einer Mandatserweiterung im Jahr 1991 auch mit Menschenrechtsverletzungen an LGBT-Personen. Seit einem Beschluss im Jahr 2006 spricht sich die Organisation gegen Diskriminierungen im Zivileherecht aus.

MARSCHIEREN FÜR DIE MENSCHENRECHTE

NEBEN DER BETEILIGUNG AN DER REGENBOGENPARADE IN WIEN WAR DAS NETZWERK LGBT-RECHTE HEUER ERSTMALS AUCH AUF DER EUROPRIDE VERTRETEN, DIE DIESES JAHR IN ZÜRICH STATTFAND.

Die etwa 100 AktivistInnen von Amnesty International aus verschiedenen Ländern setzten in Zürich gemeinsam ein starkes Zeichen gegen Menschenrechtsverletzungen an LGBT-Personen.

Eine der RednerInnen auf der Bühne am Abschluss der Parade war Mihaela Copot, AI-Aktivistin aus der Republik Moldau. Sie berichtete über die schwierige Situation, in der LGBT-Personen in ihrem Heimatland und anderen osteuropäischen Staaten leben.

Auch an der Wiener Regenbogenparade nahm das Netzwerk natürlich wieder teil. AktivistInnen marschierten bei strahlend schönem Sonnenschein gegen die Ring-Fahrtrichtung und wiesen mit leuchtend gelben Schildern in verschiedenen Sprachen darauf hin, dass Liebe kein Verbrechen ist.

**NÄHERE INFOS ZUR BETEILIGUNG VON AI AN DER EUROPRIDE AUF WWW.QUEERAMNESTY.CH
FOTOS VON DER REGENBOGENPARADE AUF WWW.LGBT.AT**

INFOSTÄNDE

Unter dem Motto „Andersrum ist nicht verkehrt“ fand am 6. Juni ein queeres Straßenfest in Mariahilf statt. Das Netzwerk LGBT-Rechte war mit einem Infostand vertreten, um auf Menschenrechtsverletzungen an LGBT-Personen weltweit aufmerksam zu machen.

Beim Wiener Queer Film Festival identities im Juni war das Netzwerk LGBT-Rechte ebenfalls vertreten und sammelte Unterschriften, unter anderem gegen das homophobe Gesetz in Litauen (siehe Seite 1).

IDAHO-NIGHT

Das Netzwerk LGBT-Rechte feierte auch heuer am 17. Mai wieder die IDAHO-Night. Vor 19 Jahren hat die Weltgesundheitsorganisation WHO an diesem Tag entschieden, dass Homosexualität keine psychische Krankheit ist.

Diesem Anlass zu Ehren fanden sich knapp 100 Gäste am festlich geschmückten Wiener Badeschiff ein, um mit dem Netzwerk zu feiern. Die DJ's sowie die Band „Hotel Prestige“ sorgten für gute Stimmung und so wurde gefeiert, getanzt und sich ausgetauscht. Die Gäste konnten sich durch Videos und Folder über Amnesty International informieren. Das Netzwerk LGBT-Rechte will mit solchen Veranstaltungen zeigen, dass Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender-Personen die gleichen fundamentalen Menschenrechte zukommen wie allen anderen auch.



Marschieren für die Menschenrechte, diesmal auch auf der Europride in Zürich

MITMACHEN

Du bist engagiert und bereit, einen Teil deiner Freizeit in die Arbeit für Menschenrechte zu investieren? Dann schreibe uns an info@lgbt.at.

SPENDEN

Amnesty International ist Trägerin des Spendengütesiegels. Deine Spende ist bei uns gut aufgehoben: PSK 1.030.000, BLZ 60.000, Verwendungszweck: Netzwerk LGBT-Rechte

SCHREIBEN

Appellbriefe zu aktuellen Menschenrechtsverletzungen findest du auf www.lgbt.at und www.amnesty.at sowie auf der letzten Seite dieses LGBT-Updates.

APPELLBRIEFE: ACT NOW!

Tag für Tag werden Menschen gefoltert, aufgrund ihrer Herkunft, Meinung, Hautfarbe oder sexuellen Orientierung inhaftiert, ermordet, zum Tode verurteilt oder verschleppt.

Amnesty International veröffentlicht diese Schicksale, um an das tägliche Unrecht zu erinnern. Du kannst mit deinem persönlichen Appell dazu bei-

tragen, solche Menschenrechtsverletzungen anzuprangern und zu beenden. Jeder Brief zählt! Bitte schicke die Appellbriefe direkt an die genannte Adresse.

Weitere Appellfälle findest du auf der Homepage des Netzwerks LGBT-Rechte, www.lgbt.at, und auf der Homepage von Amnesty International, www.amnesty.at.

Der aktuelle Appellbrief richtet sich an VertreterInnen des litauischen Parlaments bzw. der litauischen Regierung. In Litauen soll das gerade eben beschlossene Gesetz, das Information über Homosexualität kriminalisiert, noch verschärft werden (siehe dazu die Titelstory auf Seite 1-2).

ANLEITUNG ZUM VERSAND

Auf der folgenden Seite findest du den aktuellen Appellbrief. Die deutsche Übersetzung des Briefes kannst du dir rechts durchlesen. Sende den Brief bitte an die folgenden Adressen (eigene Adresse + Unterschrift nicht vergessen):

Remigijus Simasius
Minister of Justice
Gedimino Ave. 30/1
LT-01104, Vilnius
Republic of Lithuania
Fax: +370 5 262 5940, 262 4732

Arūnas Valinskas (Speaker of the Seimas)
Seimas of the Republic of Lithuania
Gedimino ave. 53,
LT-01109 Vilnius, Lithuania
Fax: + 370 5 2396279
Email: Arunas.Valinskas@lrs.lt

sowie Kopien an:

Mr Stasys ŠEDBARAS (Chair)
Committee on Legal Affairs
Seimas of the Republic of Lithuania
Gedimino ave. 53, Vilnius, Lithuania.
Fax: + 370 5 2396469
Email: Stasys.Sedbaras@lrs.lt.

Mr Arminas Lydeka (Chair)
Committee on Human Rights
Seimas of the Republic of Lithuania
Gedimino ave. 53, Vilnius, Lithuania.
Fax: 370 5 2396499
E-mail: Arminas.Lydeka@lrs.lt

Ms Aušrinė Burneikienė
Ombudsperson for Equal Opportunities
Šeimyniškių 1A,
LT-09312 Vilnius,
Lithuania
Fax: 370 5 261 2725
Email: auburn@lrs.lt

Adresse EmpfängerIn

Deine Adresse

Sehr geehrte/r _____

Ich schreibe Ihnen bezüglich des kürzlich beschlossenen "Gesetzes zum Schutz von Minderjährigen gegen die schädlichen Wirkungen öffentlicher Information", welches Homophobie institutionalisiert und das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Recht auf Freiheit von Diskriminierung verletzt.

Ich ersuche Sie dringend, Ihre Verpflichtungen, nicht aufgrund sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität zu diskriminieren, einzuhalten, und das Gesetz umgehend aufzuheben.

Weiters bin ich sehr besorgt über die vorgeschlagenen Änderungen des Straf- und des Verwaltungsgesetzbuches, welche beinahe alle Darstellungen von und Informationen über Homosexualität kriminalisieren würden.

Ich ersuche Sie, kein Gesetz zu unterstützen, welches die Darstellung von Homosexualität oder die Werbung bzw. Information darüber verbietet bzw. kriminalisiert. Darüber hinaus bitte ich Sie, sicherzustellen, dass alle Personen in Litauen, inklusive Kinder, das Recht auf freie Meinungsäußerung genießen können, inklusive dem Recht, Informationen zu suchen und zu erhalten. Weiters ersuche ich Sie, angemessene nicht-diskriminierende Informationen und Unterstützung für lesbische, schwule, bisexuelle und Transgender-Personen inklusive Kindern zur Verfügung zu stellen, und sicherzustellen, dass MenschenrechtsverteidigerInnen, die zu den Themen sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität arbeiten, ihre Arbeit ohne die Gefahr strafrechtliche Verfolgung oder anderer rechtlicher oder administrativer Hürden ausführen können.

Litauen ist Vertragspartner des Internationaler Pakts über bürgerliche und politische Rechte und der Europäischen Menschenrechtskonvention, welche beide das Recht auf freie Meinungsäußerung (Artikel 19 bzw. Artikel 10) garantieren. Ich ersuche Sie, Ihre diesbezüglichen Verpflichtungen und das Bekenntnis Litauens zur gemeinsamen Erklärung über sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität bei der UN-Vollversammlung am 18. Dezember 2008 einzuhalten.

Hochachtungsvoll, Unterschrift

Dear

I am writing to you with reference to the recently adopted the 'Law on the Protection of Minors against the Detrimental Effects of Public Information, which will institutionalise homophobia, and violates the right to freedom of expression and the right to be free from discrimination.

I urge you to respect your obligations not to discriminate on the grounds of sexual orientation or gender identity, and to repeal this law immediately.

Further more, I am extremely concerned by the proposed amendments to the Penal and Administrative codes, which would criminalize almost any public expression or portrayal of, or information about, homosexuality.

I urge you to not endorse any legislation that would criminalize, or otherwise prohibit, the public portrayal, expression or promotion of homosexuality, or any information relating to it, and to ensure that all persons in Lithuania, including children, fully enjoy the right to freedom of expression – including the right to seek, receive and impart information; Additionally, I urge you to provide adequate non-discriminatory information and support to lesbian, gay, bisexual and transgender people, including children, and to ensure that human rights defenders working on issues of sexual orientation and gender-identity are able to carry out their work without the threat of criminal prosecution or other legal and administrative obstacles.

Lithuania is a party to the International Covenant on Civil and Political Rights (ICCPR) and the European Convention on Human Rights (ECHR), both of which guarantee the freedom of expression (Articles 19 and 10 respectively). I urge you to uphold your commitments to these, and the commitments undertaken by Lithuania when it signed a joint statement on sexual orientation and gender identity at the UN General Assembly on 18 December 2008.

Yours sincerely,